



EVP sagt Ja zu einen geordneten Atomausstieg.

An der letzten Parteiversammlung fassten die Mitglieder die Parolen für die Abstimmungen am 27. November 2016.

Die Mitglieder stimmen einstimmig gegen die Vorlage **„Lehrpläne vors Volk“**. Die Initianten der Volksinitiative „Lehrpläne vors Volk“ wollen, dass über den Lehrplan 21 abgestimmt werden kann. Die Änderung des Artikels 22, wie er im Gesetzestext zur Volksinitiative steht, würde zur Folge haben, dass alle Lehrpläne von allen Schulen im Kantonsrat behandelt werden müssten. Und dies auch noch rückwirkend auf den 1. Januar 2015. Welche Arbeit da auf den Kantonsrat zu käme und ob überhaupt einmal ein Konsens gefunden würde? Die Mehrheit der im Kantonsrat einsitzenden Personen sind Laien bezüglich Lehrpläne, im Erziehungsrat sind jedoch Lehrpersonen verschiedener Stufen vertreten, aber auch gewählte Vertreter aus dem Kantonsrat. Beratend zur Seite stehen Schulinspektoren. Also eine sinnvolle Zusammensetzung. Die Lehrpläne dienen als Orientierungshilfe, der Unterricht wird von den jeweiligen Lehrpersonen gestaltet. Der Lehrplan 21 mag viele Kompetenzen enthalten, doch wurde er von Fachpersonen ausgiebig behandelt und diskutiert. Ausserdem ist es nicht die Aufgabe des Kantonsrats Ausführungsbestimmungen zu einem Gesetz zu machen. Gründe, warum die Mitglieder gegen die Vorlage stimmen.

Die Volksinitiative **„Für einen geordneten Atomausstieg“** fand grossen Zuspruch bei den Mitgliedern. Es ist seit jeher ein Grundanliegen der EVP, die erneuerbaren Energien und Energiesparmassnahmen zu fördern, um damit sobald als möglich einen Ausstieg aus der Atomenergie zu schaffen. Atomenergie ist gefährlich! Die Sicherheit der überalterten AKWs ist nicht genügend gewährleistet, deshalb braucht es zwingend eine Laufzeitbeschränkung. Die dringend nötigen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der „Sicherheit“ der AKWs sowie deren Abbau werden ungeheuer grosse Kosten verursachen. Diese Kosten sind in den heutigen Strompreisen nicht mehr gedeckt, vielmehr führen die tiefen Strompreise bei den Schweizer AKWs zu Betriebsverlusten von über 660 Millionen Franken pro Jahr. Auch der im Jahre 1984 staatlich verordnete Stilllegungsfond, vermag die alsdann anfallenden Rückbaukosten bei weitem nicht zu decken. Es ist somit vorhersehbar, dass diese Kosten von der Allgemeinheit zu tragen sind. Niemand will ein Atomlager im Kanton Schaffhausen, also Grund mehr, für den geordneten Ausstieg zu stimmen. Die Mitglieder sind einstimmig der Meinung, der Zeitpunkt für eine Energiewende ist gekommen. Die Schweiz mit ihrer Wasserkraft hat die besten Voraussetzungen dazu.

Brigitte Bosshart
Aktuarin EVP